

Der Vorsitzende schlägt vor den Antrag der Fraktion „Freie Bürger“ TOP 8 und den Antrag der CDU-Fraktion TOP 9 zusammen zu diskutieren. Nachdem es zu dieser Vorgehensweise keine Einwände gab, erteilt der Vorsitzende RM Just das Wort.

RM Just erläutert den Antrag seiner Fraktion, es sei wichtig, den Landkreis hinsichtlich der KiTa-Kosten in die Pflicht zu nehmen, die Stadt könne das nicht alleine stemmen.

Direkt im Anschluss erläutert RM Striegl den Antrag seiner Fraktion. Die Stadt müsse ein Signal setzen. Der Zuschussbedarf für die KiTas mit 5,5 Millionen jährlich sei zu hoch, der Vertrag mit dem die Aufgabe der Kinderbetreuung vom Landkreis auf die kreisangehörigen Kommunen delegiert wurde, nicht mehr aktuell.

BM Böhling ergänzt, dass das Signal bereits beim Landkreis angekommen sei. Er schlägt im kommenden Jahr die Bildung einer Arbeitsgruppe zu diesem diffizilen Thema mit Vertretern des Landkreises, der Politik und der Kommunen vor, deren Ergebnisse bis zum 31.12.2021 vorgelegt werden sollten.

In der nachfolgenden ausgiebigen Diskussion herrschte Einigkeit über diese Verfahrensweise. Wichtig sei eine gemeinsame Rechnungsbasis in Form einer Vollkostenrechnung. Nur so könne eine gemeinsame Gesprächsebene geschaffen werden. Ob die Kindertagesstätten in der Obhut der jeweiligen Kommune verbleiben oder in die Obhut des Landkreises wechseln, steht noch nicht zur Diskussion. Bevor hier eine Entscheidung getroffen werden kann, bleibt das Ergebnis der Arbeitsgruppe abzuwarten.

Über die Anträge der Fraktionen „Freie Bürger“ und der CDU-Fraktion wird im Einzelnen nicht mehr abgestimmt.

Vielmehr wird der Beschlussvorschlag des CDU Antrages neu formuliert und ergänzt.

Es wird mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen mehrheitlich empfohlen: